

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM SOMMER 1955

I. Allgemeiner Überblick

An die Stelle des bisher so schleppenden Gangs der europäischen Ereignisse ist in den letzten Monaten eine ungewöhnliche politische Aktivität getreten, die sich aller Voraussicht nach weiter verstärken wird. Den Pariser Verträgen folgte Mitte Mai das angedrohte östliche Gegenstück in Form des *Warschauer Abkommens*, durch das u. a. ein gemeinsames Kommando der Ostblockstreitkräfte geschaffen wurde. Diese Entwicklung war zu erwarten. Bei ihrer Beurteilung ist davon auszugehen, daß der Warschauer „Freundschafts- und Hilfsvertrag“ im wesentlichen nur einen bereits bestehenden Zustand legalisiert.

Wichtiger sind die verschiedenen *diplomatischen Schachzüge der Russen*, die alle darauf abzielen, die europäische Grenze zurückzurollen und damit die Integrationsbemühungen zu torpedieren. Denn die Ausklammerung Deutschlands würde zwangsläufig die Zersplitterung Europas bedeuten. Alle russischen Schritte der letzten Zeit, vom österreichischen Staatsvertrag über die Wiederannäherung an Jugoslawien bis zur Einladung des deutschen Bundeskanzlers nach Moskau, folgen der bekannten Linie, die auf eine Verhinderung des europäischen Zusammenschlusses hinausläuft. Aber die Geschichte zeigt, daß einer nur verneinenden und destruktiven Konzeption auf die Dauer kein Erfolg beschieden sein kann.

Andererseits lassen sich aber die russischen Annäherungsversuche auch als die ersten Ansätze einer wirklichen Umorientierung deuten, gewissermaßen einer „Flucht nach vorn“. Die jüngste Entwicklung in Asien gibt den Russen genügend Anlaß, sich darauf zu besinnen, daß sie geschichtlich wie geographisch (und auch geistig) mehr mit Europa als mit Asien verbunden sind. In zwanzig oder dreißig Jahren kann ein geeintes und starkes Europa den Rus-

sen viel wertvoller sein als die kleinstaatliche Zersplitterung in der Gegenwart. Schon heute sind in wachsendem Maße die Anzeichen dafür erkennbar, daß Rußland von den neuen asiatischen Großmächten und Blockbildungen diplomatisch überspielt wird. So liegt es keineswegs außerhalb aller Möglichkeiten, daß Rußland über kurz oder lang eine völlige Kehrtwendung in seiner Europapolitik vornimmt und etwa an Stelle der deutschen Neutralisierung eine gesamteuropäische Neutralität als Preis für die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland fordert, also die Integration akzeptiert unter gleichzeitiger Zurückdrängung des amerikanischen Einflusses! Damit wäre dann der Weg wieder frei geworden zur Herausbildung einer echten „dritten Kraft“, der durch die weltpolitische Lage der letzten fünf Jahre verschüttet war.

Natürlich kann man solche Perspektiven als spekulativ abtun. Wichtig ist aber auf alle Fälle, gewisse Anhaltspunkte zu finden, um sich in dem Gewirr der zahllosen Ansichten und Meinungsäußerungen der Politik und der Presse einigermaßen orientieren zu können. Denn alles ist heute in Fluß geraten, und jeder europäisch Denkende steht vor schwierigen Fragen.

Wie offen die Situation ist, zeigte Ende Mai die überraschende Erklärung *Monnets*, daß er weiter bereit sei, seinen Posten als Präsident der Hohen Behörde der Montanunion auszuüben. Im November vorigen Jahres hatte er als Protest gegen die Politik des damaligen französischen Ministerpräsidenten *Mendès-France* und vor allem gegen die Aufgabe des EVG-Projektes seinen Rücktritt bekanntgegeben. Da die Neubesetzung dieses Posten außergewöhnlich schwierig war (infolge der politischen Verhältnisse in Frankreich), hatte er sein Amt vorerst weiter ausgeübt. In der Zurücknahme seiner Demission kommt deutlich das Ringen zwischen der alten und der neuen Linie in der Integrationspolitik zum Ausdruck. Denn Monnet war einer der hervorragendsten Vertreter sowohl des politisch-militärischen Zusammenschlusses Europas (EPG und EVG), als auch der branchenwirtschaftlichen Teilintegration.

Im Mittelpunkt der Ereignisse der letzten Monate stand dann die *Messinakonferenz*, die später vielleicht einmal als der Beginn einer neuen Phase der Integrationspolitik gelten wird. Vom 1. bis 3. Juni tagten hier die sechs Außenminister der Montanunion, um einen neuen Präsidenten für die Hohe Behörde zu wählen und sich grundsätzlich über die weitere Integrationspolitik klar zu werden.

Als Nachfolger *Monnets* wählten die Außenminister den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Politiker *René Mayer*, der nach 1945 einmal Ministerpräsident und in mehreren Kabinetten Minister gewesen war. Mayer gehört zwar auch zu den „Europäern“, ist aber kein unbedingter Befürworter der bis-

herigen Politik der supranationalen Lösungen, sondern gilt als Anhänger eines mehr föderalistischen Europas. Insofern charakterisiert der Präsidentenwechsel bei der Hohen Behörde die Veränderungen in der europäischen Situation, wie sie in den Beschlüssen der Messinakonferenz deutlich ihren Niederschlag finden.

In ihrem Schlußkommunique bekundeten die Außenminister, daß es nunmehr an der Zeit sei, eine neue Etappe auf dem Wege zur europäischen Einheit zu beginnen. Im weiteren legten sie dann ein Programm fest, das sich gegenüber manchen früheren Erklärungen durch eine bemerkenswerte Zurückhaltung und Realitätsnähe auszeichnet. Vielfach ist dieses Programm gerade darum als enttäuschend empfunden worden. Dabei wird allzu leicht vergessen, wie viele der bisherigen Konferenzen und Tagungen europäischer Politiker nur durch große Worte in die Geschichte eingegangen sind. Um so erfreulicher sind darum Programme, die auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Denn sie bergen die Chance der Realisierung in sich.

Grundlage der Messinakonferenz war eine Denkschrift der Beneluxländer, die am 20. Mai den drei anderen Regierungen überreicht wurde. Zu Beginn der Konferenz legten auch die Bundesrepublik und Italien entsprechende Memoranden vor. Über die Ergebnisse der Konferenz berichtet *Dr. Heinz Potthoff*, Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, in seinem Beitrag „Aufgaben und Möglichkeiten europäischer Integration“ auf Seite 393 dieses Heftes.

Gewiß ist heute noch nicht abzusehen, wie sich die neuen Vorhaben im einzelnen entwickeln werden. Dies wird sehr entscheidend davon abhängen, wie sich die beteiligten Länder zu den verschiedenen Projekten verhalten. Immerhin sind diesmal die Ziele niedriger gesteckt als sonst. Die Möglichkeiten zu ihrer Realisierung sind daher durchaus nicht ungünstig zu beurteilen.

II. Die Lage auf einzelnen Sektoren

Die EZU

Die Europäische Zahlungsunion, deren fünftes Geschäftsjahr am 30. Juni ablief, stand in den letzten Monaten ganz im Zeichen der Konvertibilitätsdiskussion. Nachdem man jahrelang über die Rückkehr zur Devisenfreiheit geredet und verhandelt hat, scheint nun endlich die Zeit für konkrete Resultate gekommen. Ohnehin besteht de facto schon eine sehr weitgehende Konvertibilität, nur hat man sich bisher gescheut, diesen Zustand auch de jure anzuerkennen und damit deutlich zu bekunden, daß man den freien Devisenverkehr als Normalfall ansieht.

Ende April hatte das EZU-Direktorium einen vom Ministerrat der OEEC angeforderten

Bericht über die künftige Entwicklung der Zahlungsunion fertiggestellt. Entsprechend den verschiedenen Auffassungen über die Möglichkeiten des freien Devisenverkehrs stellten diese Vorschläge einen Kompromiß dar. Sie liefen im wesentlichen darauf hinaus, die EZU zwar ein weiteres Jahr zu verlängern, in dieser Zeit aber den allmählichen Übergang zu einem Europäischen Währungsfonds vorzubereiten, der die Zahlungsunion ablösen will.

Auf seiner Tagung am 9. und 10. Juni in Paris beschäftigte sich dann der Ministerrat der OEEC sehr eingehend mit diesen Fragen. Man kam überein, den bisherigen Abrechnungsmechanismus nur noch bis Ende Juli in Kraft zu lassen. Ab 1. August tritt die vom EZU-Direktorium vorgeschlagene Härtung des Verrechnungsverfahrens in Kraft. Von nun ab muß ein Schuldnerland 75 vH seiner Verpflichtungen in Gold begleichen und erhält nur noch 25 vH von der Zahlungsunion kreditiert. Vergleichsweise hatte die Relation zwischen Gold und Kredit in den ersten vier Jahren der EZU 40:60 betragen und im fünften Jahre (ab 1. Juli 1954) 50:50. In dieser Entwicklung spiegelt sich deutlich die allmähliche Besserung der europäischen Devisenlage wider.

Wenn im Laufe des sechsten Geschäftsjahres einige Mitglieder der EZU zur Konvertibilität zurückkehren wollen, dann soll an die Stelle der Zahlungsunion ein Europäischer Währungsfonds treten. Voraussetzung ist allerdings, daß die konvertibilitätswilligen Mitglieder zusammen über mindestens 50 vH der Kreditlinien des bisherigen Verrechnungsmechanismus verfügen. Da diese Voraussetzung für die hauptsächlich in Frage kommenden Mitglieder Großbritannien, Deutschland und die Beneluxländer zutrifft, können diese also jederzeit eine solche Umwandlung erzwingen.

Die wesentlichen Merkmale des zu schaffenden Währungsfonds bestehen darin, daß er zwar, gleich der alten EZU, die Zahlungen aus dem europäischen Handels- und Wirtschaftsverkehr weiterhin monatlich multilateral verrechnet, daß er aber keine automatischen Kredite mehr gewährt. Die Salden müssen also voll in Gold beglichen werden. Damit auch die devisenschwächeren Mitglieder der EZU bei diesem Übergang mithalten können und nicht in die alte Devisenzwangswirtschaft zurückfallen, können sie Anfangskredite erhalten. Weiter kann der Fonds von Fall zu Fall kurzfristige Überbrückungskredite gewähren, um über Zahlungsbilanzschwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Die Mittel hierfür sollen aus dem Betriebskapital des Fonds genommen werden, das aber höher sein soll als das Betriebskapital der EZU. Es soll aufgebracht werden durch die von den Vereinigten Staaten seinerzeit der Zahlungsunion zur Verfügung gestellten Mittel, die dem Fonds übertragen werden, sowie durch Beiträge der einzelnen Mitglieder, die nach der Höhe der bisherigen EZU-Quoten festgesetzt

werden sollen. Die Einzahlungen auf diese Beiträge können den schwächeren Mitgliedern gestundet werden.

Im übrigen wird auch der Europäische Währungsfonds im Rahmen der OEEC tätig sein. Sein Verrechnungs- und Zahlungsverkehr wird, wie bei der EZU, über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel abgewickelt werden. Daneben soll der Fonds enger mit dem Internationalen Währungsfonds zusammenarbeiten, als dies bisher bei der EZU der Fall gewesen ist. Für eine Reihe währungstechnischer Dinge müssen noch Regelungen gefunden werden. So einmal für das Problem, daß die Mitarbeiter im Fonds auch den europäischen Ländern offenstehen soll, die noch nicht zur Konvertibilität zurückkehren können oder wollen. Eine zweite Frage ergibt sich aus der unterschiedlichen Gestaltung der Wechselkurse. Während die kontinental-europäischen Staaten feste Kurse haben, will Großbritannien seinen Kurs frei nach Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt sich einspielen lassen. In diesem Gegensatz lag lange Zeit ein Hemmnis für die Konvertibilitätsbemühungen. Seit den letzten Wahlen ist England aber bereit, den Wünschen der kontinentalen Staaten stärker Rechnung zu tragen als bisher.

Energieunion

Die von Vertretern der Montanunion seit dem vorigen Jahr immer wieder geforderte Einbeziehung des Energiesektors kam auf der Messinakonferenz ebenfalls zur Sprache. In ihrem Schlußkommunique stellten die Außenminister jedoch lediglich fest, daß alles getan werden müsse, um den Austausch von Gas und elektrischer Energie zu fördern und die Preise zu senken. Bevor die Richtlinien für eine gemeinsame Politik auf diesem Gebiet festgelegt werden, sollen Experten die diesbezüglichen Möglichkeiten prüfen.

Wichtiger waren die Beschlüsse zur Frage der Atomenergie. Hier ist die Schaffung einer gemeinsamen Organisation vorgesehen, um die Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken in Europa zu fördern. Ein Fonds, der aus Beiträgen der einzelnen Mitglieder zu bilden ist, soll den Bau von Atomanlagen und die Forschung finanzieren. Ferner ist ein freier Austausch von Informationen, Technikern, Nebenprodukten und besonderen Ausrüstungen vorgesehen sowie freier und hinreichender Zutritt zu den Rohstoffen.

Auf der bereits erwähnten Sitzung des OEEC-Ministerrates am 9. und 10. Juni wurde dann beschlossen, im Rahmen der OEEC einen besonderen Ausschuß für Energie zu errichten. Daneben wurde bereits eine aus drei Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe gebildet, die Vorschläge über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zur friedlichen Verwendung der Atomenergie ausarbeiten soll.

Dr. Egon Tuchtfeldt